Betriebliche Altersversorgung
durch
Entgeltumwandlung
(§ 39 Abschnitt B TV AL II)

Kollektivrahmenverträge
und
Versicherungsbedingungen

Diese Seite bleibt aus drucktechnischen Gründen frei.

Betriebliche Altersversorgung durch Entgeltumwandlung
(§ 39 Abschnitt B TV AL II)

Kollektivverträge und Versicherungsbedingungen

Übersicht
über den Stand der
Kollektivverträge

Die Kollektivrahmenverträge, Nachträge und sonstigen Vereinbarungen in der ab dem 1. Januar 2002 gültigen Fassung sind vom Bundesminister der Finanzen nur in dieser Textsammlung wie folgt veröffentlicht:

1. Kollektivrahmenvertrag Nr. 9428 vom 8./12. November 2002 zur Pensionskassenversorgung nach § 3 Nr. 63 EStG
2. Kollektivrahmenvertrag Nr. 9932 vom 8./12. November 2002 zur Altersversorgung nach § 10a EStG
3. Nachtrag Nr. 1 zum Kollektivrahmenvertrag Nr. 9932 zur Altersversorgung nach § 10a EStG m. W. v. 1. Juli 2003
4. Nachtrag Nr. 1 zum Kollektivrahmenvertrag Nr. 9428 zur Pensionskassenversorgung nach § 3 Nr. 63 EStG
5. Nachtrag Nr. 2 zum Kollektivrahmenvertrag Nr. 9428 zur Pensionskassenversorgung nach § 3 Nr. 63 EStG
6. Nachtrag Nr. 3 zum Kollektivrahmenvertrag Nr. 9428 zur Pensionskassenversorgung nach § 3 Nr. 63 EStG
7. Nachtrag Nr. 4 zum Kollektivrahmenvertrag Nr. 9428 (neu: Nr. 4790094285) zur Pensionskassenversorgung nach § 3 Nr. 63 EStG
8. Nachtrag Nr. 5 zum Kollektivvertrag Nr. 4790094285 (bisher Kollektiv(rahmen)vertrag Nr. 4790094285 – Arbeitgeberfinanzierte Pensionskassenversorgung nach § 3 Nr. 63 EStG (Einkommensteuergesetz)
9. Nachtrag Nr. 6 zum Kollektivrahmenvertrag Nr. 4790094285 – Arbeitnehmerfinanzierten Pensionskassenversorgung nach § 3 Nr. 63 EStG

Diese Seite bleibt aus drucktechnischen Gründen frei.

Inhaltsübersicht

	Seite
Kollektivvertrag Nr. 4790094285	8
Kollektivrahmenvertrag Nr. 9932	18

Als Anlagen aufgenommen sind:

Anlage 1	Versicherungsbedingungen für die Rentenversicherung mit aufgeschobenem Rentenbeginn und Kapitalwahlrecht (R2K); Vertragsgrundlage 242-T17
Anlage 2	Versicherungsbedingungen für die Rentenversicherung mit aufgeschobenem Rentenbeginn, Beitragsschutz in der Aufschubzeit und Kapitalwahlrecht (R3K); Vertragsgrundlage 244-T17
Anlage 3	Bedingungen für die kollektive Witwen-/Witwer- und Waisenrenten-Zusatzversicherung; Vertragsgrundlage 510-T17
Anlage 4	Bedingungen für die Rentenversicherung mit planmäßiger Erhöhung der Beiträge und Leistungen; Vertragsgrundlage 558-T17
Anlage 5	Besondere Bedingungen zum Kollektivvertrag (bei unwiderruflichen Bezugsrecht); Vertragsgrundlage 600 (7)-T17
Anlage 6	Einwilligung in die Erhebung und Verwendung von Gesundheitsdaten und Schweigepflichtentbindungserklärung
Anlage 7	Versicherungsbedingungen für die winGARANT rente (Rentenversicherung als Altersvorsorgevertrag im Sinne des Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetzes – AltZertG); Vertragsgrundlage 225 (2)
Anlage 8	Besondere Bedingungen zur Direktversicherung; Vertragsgrundlage 605

- Anlage 9 Vereinbarung zur Entgeltumwandlung - Pensionskasse (Stand: 03.2019)
- Anlage 10 Merkblatt „Hinweise zur betrieblichen Altersversorgung“ (Stand 01.2018)
- Anlage 11 Hinweise für die steuerlichen Regelungen; Pensionskassenversicherung (Stand: 01.2018)
- Anlage 12 Merkblatt zur Überschussbeteiligung (Stand: 01.2017)

Diese Seite bleibt aus drucktechnischen Gründen frei.

**Kollektivvertrag
Nr. 4790094285**

Arbeitgeberfinanzierte Pensionskassenversorgung nach § 3 Nr. 63 EStG

zwischen der

**Bundesrepublik Deutschland
vertreten durch das Bundesministerium der Finanzen**

als Versicherungsnehmer

und der

**winsecura
Pensionskasse AG
Verwaltung OE 695
Frankfurter Straße 50
65170 Wiesbaden**

als Versicherer.

Der auf Grund des Tarifvertrages AL II, § 39 Abschnitt B, vereinbarte Kollektivrahmenvertrag erhält – im Einvernehmen mit den obersten Behörden der Stationierungsstreitkräfte als Arbeitgeber – nachstehende Fassung:

§ 1

Personenkreis, Versicherungsnehmer

1. Versichert werden

- a) alle Arbeitnehmer bei Dienststellen, Betrieben und sonstigen Einrichtungen der ausländischen Stationierungsstreitkräfte im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, deren Beschäftigungsverhältnisse unter den Gestaltungsbereich des Tarifvertrages vom 16. Dezember 1966 – TV AL II – fallen,

- b) alle Arbeitnehmer bei den Dienststellen der internationalen militärischen Hauptquartiere in der Bundesrepublik Deutschland, deren Beschäftigungsverhältnisse unter den Geltungsbereich des Tarifvertrages vom 7. Dezember 1984 – TV NATO – fallen,
- c) Arbeitnehmer von anderen Arbeitgebern, deren Aufnahme in den Kollektivrahmenvertrag die Vertragspartner vereinbart haben,
 die das rechnungsmäßige Alter von 60 Jahren bei Versicherungsbeginn noch nicht überschritten haben,
 die einen gesetzlichen Anspruch auf Entgeltumwandlung haben und
 deren anrechenbare Beschäftigungszeit im Sinne des TV AL II mindestens 6 Monate beträgt.

Als rechnungsmäßiges Alter gilt die Differenz zwischen dem Kalenderjahr des Versicherungsbeginns und dem Geburtsjahr.

Versicherungsnehmer aller Versicherungen ist die Bundesrepublik Deutschland.

§ 2

Leistungsbeschreibung

1. Die Vertragsparteien vereinbaren Versicherungsschutz **im Rahmen einer beitragsorientierten Leistungszusage** wie folgt:

Tarif: **R2K** Rentenversicherung mit aufgeschobenem Rentenbeginn – Vertragsgrundlage 242 in der jeweils gültigen Fassung

oder wahlweise

R3K Rentenversicherung mit aufgeschobenem Rentenbeginn und Beitragsschutz in der Aufschubzeit – Vertragsgrundlage 244 in der jeweils gültigen Fassung

Rechnungsmäßiges Eintrittsalter:

Jahresdifferenz zwischen Beginnjahr und Geburtsjahr

Vereinbarter Rentenzahlungsbeginn:

am jeweiligen Monatsersten, der auf die Vollendung des 67. Lebensjahres folgt

Rentenzahlungsweise:

monatlich

Rentengarantiezeit (gilt nur für Tarif R3K):	20 Jahre
Versicherungsleistung:	arbeitnehmerfinanziert: die versicherte Rente ergibt sich aus dem jeweiligen Beitrag nach Entgeltumwandlungsvereinbarung insgesamt begrenzt auf den Höchstbeitrag gemäß § 3 Nr. 63 EStG. Jährlich ist zusätzlich ein Beitrag bis max. 1.800 € möglich, sofern der Versicherte keine Direktversicherungszusage nach § 40 b EStG a.F. bzw. eine Pensionskassenzusage nach § 3 Nr. 63 EStG (Altzusage erteilt vor dem 01.01.2005) in Anspruch nimmt. Der Mindestbeitrag beträgt jeweils 300 € jährlich.
Tarifart:	FG 100 (Firmengruppe)
Zusatzversicherung (gilt nur für Tarif R2K):	kollektive Witwen-/Witwer (60 %) und Waisenrenten-Zusatzversicherung (20 %) – Vertragsgrundlage 510 in der jeweils gültigen Fassung
Dynamik vor Rentenbeginn:	Optional. Erhöhung des Vorjahresbeitrages im selben Verhältnis wie die BBG – Vertragsgrundlage 558 in der jeweils gültigen Fassung. Ein nachträglicher Einschluss für Verträge mit Versicherungsbeginn vor dem 01.01.2006 ist möglich.
Dynamik in der Anwartschaft:	Obligatorisch. Jährlich garantierte Rentensteigerung von 1 %.
Überschussverwendung vor Rentenbeginn:	für Tarif R2K: Bonusrente ohne Rückgewähr für Tarif R3K: Bonusrente mit Rückgewähr
Überschussverwendung nach Rentenbeginn:	mit jährlicher Steigerung
Kapitalabfindung:	wählbar frühestens 1 Jahr bis spätestens 3 Monate vor dem vereinbarten Rentenzahlungsbeginn

2. Neuzugänge (§ 4) und Erhöhungen (außer bei dynamischen Anpassungen) werden nach den jeweils für Neuabschlüsse geltenden Tarifen und Rabatten versichert. Es gelten die jeweils aktuellen Annahmerichtlinien und Versicherungsbedingungen des Versicherers.
3. Liegt der tatsächliche Rentenzahlungsbeginn vor dem vereinbarten Rentenzahlungsbeginn (Abrufoption), erfolgt eine entsprechende Kürzung der ursprünglich vereinbarten Rente nach den anerkannten Regeln der Sicherungsmathematik.

Liegt der tatsächliche Rentenzahlungsbeginn nach dem vereinbarten Rentenzahlungsbeginn, ist eine Verlängerungsoption um jeweils volle Jahre vorgesehen. Diese kann frühestens 1 Jahr und bis spätestens 3 Monate vor dem ursprünglich vereinbarten Rentenbeginn ausgeübt werden.

4. Soweit die laut Geschäftsplan vorgesehenen Mindestrenten unterschritten werden, behält sich der Versicherer vor, diese Renten bei Rentenbeginn der versicherten Person im Rahmen der in § 3 BetrAVG (Betriebsrentengesetz) zulässigen Abfindungsgrenzen abzufinden. Der Vertragspartner/Arbeitgeber macht sich zum Zeitpunkt des Rentenbeginns der versicherten Person die Interessenlage des Versicherers zu Eigen und erkennt die Entscheidung des Versicherers als seine eigene an.
5. Soweit in einer evtl. zusätzlich bestehenden Versorgungsordnung nichts anderes geregelt ist, werden Beiträge nur für die Zeiten entrichtet, in denen der Arbeitnehmer Entgelt bezieht.
6. Arbeitnehmerfinanziert: Der Vertragspartner/Arbeitgeber bestätigt, dass den zu versichernden Personen bekannt ist, dass:
 - soweit sozialversicherungspflichtiges Arbeitsentgelt umgewandelt wird - bis zur Beitragsbemessungsgrenze keine Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen sind und dass damit auch eine entsprechende Minderung künftiger Ansprüche auf Sozialversicherungsleistungen (z.B. Renten, Arbeitslosengeld, Krankengeld) verbunden ist.
 - für den Abschluss und den Vertrieb des Versicherungsschutzes Kosten anfallen, die gleichmäßig mindestens auf die ersten 5 Vertragsjahre verteilt werden und daher bei einer Kündigung des Versicherungsverhältnisses in den ersten Jahren nur ein im Verhältnis zu den eingezahlten Beiträgen geringerer Rückkaufswert anfällt.

7. Bereits bestehende Versicherungen werden unverändert fortgeführt.

§ 3 Gesundheitsprüfung

Es ist keine Gesundheitsprüfung erforderlich.

§ 4 Neuzugang, Risikoprüfung

1. Personen, die die Voraussetzungen für die Beantragung von Versicherungsschutz auf ihr Leben nach § 1 erst nach Abschluss dieses Kollektivvertrages erfüllen (Neuzugänge), werden in den Kollektivvertrag einbezogen. Die Daten der zu versichernden Personen werden dem Versicherer mit elektronischer Datenmeldung oder mit Zugangserklärung für das Kollektivgeschäft (Anlage), in der jeweils gültigen Fassung, übermittelt.
2. Der Arbeitgeber bestätigt, dass er nur diejenigen Personen zur Versicherung anmeldet, die ihre Einwilligung nach dem Bundesdatenschutzgesetz (siehe Anlage: **Einwilligung in die Erhebung und Verwendung von Gesundheitsdaten und Schweigepflichtentbindungserklärung**) erteilt haben. Diese Einwilligung wird damit auch Bestandteil des Kollektivvertrages.
Falls die Beratung der zu versichernden Personen gewünscht wird, erfolgt diese durch den Vermittler nach Aufforderung durch den Arbeitgeber.
3. Eine Risikoprüfung ist nicht erforderlich.
4. Der Versicherer behält sich vor, in bestehenden Kollektivverträgen das Aufnahmeverfahren laufend zu prüfen und gegebenenfalls anzupassen.

§ 5 Beginn, Annahme des Antrags, Leistungspflicht

1. Technischer Versicherungsbeginn ist für die
 - a) bei Vertragsabschluss zu versichernden Personen am 01.01.2002,
 - b) nach Vertragsabschluss zu versichernden Personen an dem Monatsersten, an dem die Voraussetzungen des § 1 Ziffer 1 erstmals erfüllt sind,
 - c) Erhöhungen an dem Jahrestag des Versicherungsbeginns, an dem die Voraussetzungen für die Erhöhung der Versicherung erstmals erfüllt sind.

Die für die Durchführung des Vertrages erforderlichen Unterlagen werden der winsecura jeweils rechtzeitig vor Beginn des ersten Versicherungsjahres vom Arbeitgeber übermittelt.

2. Die winsecura stellt nach Annahme des Antrags jeder versicherten Person eine Zweitschrift des Versicherungsscheins zur Verfügung.

Die zur Zeit des Versicherungsbeginns der einzelnen Versicherung geltenden Vertragsgrundlagen ergeben sich aus § 2 und finden Anwendung, soweit sie nicht durch die Bestimmungen dieses Vertrages geändert werden.

3. Die Leistungspflicht der winsecura beginnt in allen Fällen frühestens
 - a) nach Annahme des Antrages und
 - b) nach Zahlung des ersten Beitrages und
 - c) nicht vor dem in Ziffer 1 festgelegten technischen Versicherungsbeginn, sofern das Ereignis, das die Leistungspflicht der winsecura auslöst, bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht eingetreten ist.

§ 6 Beitragszahlung

1. Alle Beiträge sind laufende Beiträge. Die Beiträge sind bis zum Schluss der Versicherungsperiode zu entrichten, in der der Versicherungsfall eintritt, längstens jedoch bis zum Ende der Beitragszahlungsdauer.

Des Weiteren sind Einmalbeiträge möglich.

Die Beitragszahlungsdauer entspricht der Dauer der Aufschubzeit.

2. Beitragsschuldner der winsecura für die umgewandelten Beträge ist der Arbeitgeber. Er verpflichtet sich, die fälligen Beiträge jeweils innerhalb von 15 Tagen – vom Fälligkeitstage an gerechnet – ohne Aufforderung in einer Summe kostenfrei an die winsecura abzuführen.

3. Im Falle des Zahlungsverzugs von mehr als einem Monat fordert die winsecura den Arbeitgeber, unter Hinweis auf die Rechtsfolgen weiterer Säumnis, schriftlich auf, den rückständigen Beitrag zuzüglich Verzugszinsen und Mahnkosten innerhalb einer Nachfrist von einem Monat nach Empfang der Aufforderung an die winsecura zu zahlen.

Nach Ablauf der Nachfrist kann das Versicherungsverhältnis beitragsfrei gestellt werden; die Beitragsfreistellung kann mit der Nachfristsetzung verbunden werden. Auf diese Rechtsfolgen wird in der Mahnung ausdrücklich hingewiesen.

§ 7

Bezugsberechtigung, vorzeitiges Ausscheiden

Regelungen für die Pensionskassenversorgung nach § 3 Nr. 63 EStG:

Die Regelungen zum Bezugsrecht ergeben sich aus Teil A, § 4, der Allgemeinen Versicherungsbedingungen.

Scheidet eine versicherte Person vor Eintritt des Versicherungsfalles aus dem Vertrag aus, so meldet der Arbeitgeber unverzüglich die auf das Leben dieser Person genommene Versicherung ab.

Wird die Versicherung eines Ausscheidenden nicht weitergeführt, sondern gekündigt, so finden die Bestimmungen gemäß Teil B, § 5, der Allgemeinen Versicherungsbedingungen Anwendung.

§ 8

Geschäftsverkehr

1. Der gesamte Geschäftsverkehr zum Kollektivrahmenvertrag und in Grundsatfragen wird zwischen dem Versicherungsnehmer und der winsecura geführt. Der Geschäftsverkehr zu den Einzelversicherungen wird zwischen dem jeweiligen Arbeitgeber und der winsecura geführt.
2. Die winsecura ist berechtigt, Versicherungsleistungen, die nicht dem Versicherungsnehmer zustehen, unmittelbar an den Berechtigten zu zahlen.
3. Der Versicherungsnehmer verpflichtet sich, über den Wortlaut aller Rundschreiben, Drucksachen oder Vervielfältigungen, die sich auf den Kollektivrahmenvertrag, auf die Tarife, Produkte oder auf die Vertragsgrundlagen beziehen, vor ihrer Bekanntgabe Einvernehmen mit der Hauptverwaltung der winsecura herzustellen.

§ 9 Vertragsdauer

1. Dieser Vertrag wird auf unbegrenzte Zeit geschlossen. Er kann nach Ablauf von 2 Jahren – erstmals zum 01.01.2004 – und weiterhin zum Ablauf eines jeden Vertragsjahres von beiden Parteien mit einer Frist von 6 Monaten gekündigt werden.
2. Bei einer Kündigung dieses Kollektivrahmenvertrages ist eine Weiterführung der bei Wirksamwerden der Kündigung bestehenden Versicherungen als Einzelversicherungen, im Falle des § 2 Ziffer 1 als beitragsfreie, möglich. Es gelten dann die jeweiligen Vertragsgrundlagen für die Einzelversicherung. Eine Kündigung des Kollektivrahmenvertrages bedingt keine Kündigung der einzelnen Versicherungsverträge. Werden auch die Einzelversicherungen gekündigt, so ergibt sich die Abwicklung der Versicherungsverträge aus den bei Abschluss oder Änderung der Einzelversicherungen gültigen Versicherungsbedingungen.

Entsprechendes gilt für den Fall der Auflösung des Arbeitgebers, sofern nicht ein anderer Arbeitgeber die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag gegenüber der winsecura übernimmt.

§ 10 Änderungsklausel

1. Jede Änderung des Kollektivrahmenvertrages ist schriftlich zu vereinbaren.
2. Sollten gesetzliche Bestimmungen Änderungen dieses Vertrages bzw. der ihm zugrunde liegenden Vertragsgrundlagen verlangen, so wird der Versicherungsnehmer daran mitwirken, dass die Änderungen im Einvernehmen mit der winsecura erfolgen. Kommt ein Einvernehmen nicht zustande, so haben beide Vertragspartner das Recht, diesen Vertrag ohne Einhaltung einer Frist durch eingeschriebenen Brief zu kündigen.

§ 11
Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung unwirksam sein oder werden, so behalten die übrigen Bestimmungen ihre Gültigkeit. Anstelle der unwirksamen Bestimmungen ist eine angemessene Regelung zu vereinbaren, die dem wirtschaftlich Gewollten am nächsten kommt, ohne dass dadurch eine Mehrbelastung des Vertragspartners eintritt.

Wiesbaden, den 8. November 2002

Bonn, den 12. November 2002

Unterschriften

Diese Seite bleibt aus drucktechnischen Gründen frei.

**Kollektivrahmenvertrag
Nr. 9932**

zur Altersversorgung nach § 10a EStG

zwischen der

**Bundesrepublik Deutschland
vertreten durch das Bundesministerium der Finanzen**

als Versicherungsnehmer

und der

**winsecura
Pensionskasse Aktiengesellschaft
Frankfurter Straße 50
65170 Wiesbaden**

– nachstehend Pensionskasse genannt –,

die als Vermittler (beachte § 9 Abs. 1 Nr. b) für ein Produkt der

**DBV-Winterthur Lebensversicherung
Aktiengesellschaft
Frankfurter Straße 50
65170 Wiesbaden**

– nachstehend Versicherer genannt –,

auftritt. Die Verwaltung gegenüber dem Arbeitgeber erfolgt durch die Pensionskasse.

Der auf Grund des Tarifvertrages AL II, § 39 Abschnitt B, vereinbarte Kollektivrahmenvertrag erhält – im Einvernehmen mit den obersten Behörden der Stationierungsstreitkräfte als Arbeitgeber – nachstehende Fassung:

§ 1 Personenkreis, Versicherungsnehmer

1. Versichert werden

- a) alle Arbeitnehmer bei Dienststellen, Betrieben und sonstigen Einrichtungen der ausländischen Stationierungstreitkräfte im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, deren Beschäftigungsverhältnisse unter den Gestaltungsbereich des Tarifvertrages vom 16. Dezember 1966 – TV AL II – fallen,
- b) alle Arbeitnehmer bei den Dienststellen der internationalen militärischen Hauptquartiere in der Bundesrepublik Deutschland, deren Beschäftigungsverhältnisse unter den Geltungsbereich des Tarifvertrages vom 7. Dezember 1984 – TV NATO – fallen,
- c) Arbeitnehmer von anderen Arbeitgebern, deren Aufnahme in den Kollektivrahmenvertrag die Vertragspartner vereinbart haben,
 - die das rechnungsmäßige Alter von 60 Jahren bei Versicherungsbeginn noch nicht überschritten haben,
 - die einen gesetzlichen Anspruch auf Entgeltumwandlung haben
 - und deren anrechenbare Beschäftigungszeit im Sinne des TV AL II mindestens 6 Monate beträgt.

Als rechnungsmäßiges Alter gilt die Differenz zwischen dem Kalenderjahr des Versicherungsbeginns und dem Geburtsjahr.

2. Der Arbeitgeber beantragt beim Versicherer Versicherungen auf das Leben der in Abs. 1 genannten Arbeitnehmer. Nach den Bestimmungen des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung haben die Arbeitnehmer ab 1. Januar 2002 einen Anspruch auf Entgeltumwandlung. Für Versicherungen im Rahmen dieses Vertrages besteht die Möglichkeit, die Förderung des § 10a EStG in Anspruch zu nehmen und gleichzeitig Sonderkonditionen zu erhalten.
3. Der Arbeitgeber bestätigt, dass die zu versichernden Personen vor Versicherungsabschluss ihre schriftliche Einwilligung gemäß § 159 Abs. 2 VVG abgegeben haben. Die Einwilligung wird auf der Entgeltumwandlungsvereinbarung dokumentiert.

§ 2 Leistungsbeschreibung

Die Versicherungen werden wie folgt beantragt:

Versicherungsart:	Direktversicherung nach § 10a EStG
Tarif:	winGARANT rente (FG)
Überschussverwendung:	Kapitalbonus (Aufschubzeit) Bonus (Rentenbezug)
maximaler Beitragsaufwand:	jährlich 2.100 € (incl. Zulage)
Vertragsgrundlagen:	225(2), 605

Der Gesamt-Beitragsaufwand dieses Kollektivrahmenvertrages beträgt mindestens 5.000 € pro Kalenderjahr. Dieser Beitragsaufwand muss spätestens 1 Jahr nach dem vereinbarten Vertragsbeginn (§ 5) erreicht sein. Ist zu diesem Zeitpunkt ein jährlicher Beitragsaufwand von 5.000 € nicht erreicht, entfallen die aufgrund dieses Vertrages gewährten Sonderkonditionen. Die Versicherungen werden dann im Einzeltarif weitergeführt, zu den dort gültigen Bedingungen und Beiträgen.

Der jährliche Mindest-Beitragsaufwand pro Arbeitnehmer incl. Zulagen beträgt im Rahmen dieses Vertrages 1 % des Bruttovorjahreseinkommens (bis zur Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung 'BBG') ab Vertragsbeginn. Für ab 2004 neu zu versichernde Arbeitnehmer beträgt der jährliche Beitragsaufwand incl. Zulagen mindestens 2 % des Bruttovorjahreseinkommens, für ab 2006 neu zu versichernde Arbeitnehmer mindestens 3 % des Bruttovorjahreseinkommens und für ab 2008 neu zu versichernde Arbeitnehmer mindestens 4 % des Bruttovorjahreseinkommens (jeweils bis zur BBG).

Für den Neuzugang wird die jeweils für Neuabschlüsse geltende Tarifikalkulation angewendet.

§ 3 Anmeldung

Die Anmeldung für winGARANT rente erfolgt jeweils mit beigefügtem Antrag oder in elektronischer Form. Der Arbeitgeber ergänzt den Antrag jeweils um die Kollektivrahmenvertragsnummer und leitet ihn an den Versicherer weiter.

§ 4 Aufnahme-/Antragsverfahren

Zu versichernde Personen werden in den Kollektivrahmenvertrag aufgenommen, wenn die Voraussetzungen des § 1 erfüllt sind.

§ 5 Beginn, Annahme des Antrags, Leistungspflicht

1. Technischer Versicherungsbeginn ist für die
 - a) bei Vertragsabschluss zu versichernden Personen am 1. Januar 2002
 - b) nach Vertragsabschluss zu versichernden Personen an dem Monatsersten, an dem die Voraussetzungen des § 1 Ziffer 1 erstmals erfüllt sind
 - c) Erhöhungen an dem Monatsersten, an dem die Voraussetzungen für die Erhöhung der Versicherung erstmals erfüllt sind.

Die für die Durchführung des Vertrages erforderlichen Unterlagen werden dem Versicherer jeweils rechtzeitig vor Beginn des ersten Versicherungsjahres vom Arbeitgeber übermittelt.

2. Der Versicherer stellt nach Annahme des Antrags jeder versicherten Person eine Zweitschrift des Versicherungsscheins zur Verfügung.

Die zur Zeit des Versicherungsbeginns der einzelnen Versicherung geltenden Vertragsgrundlagen ergeben sich aus § 2 und finden Anwendung, soweit sie nicht durch die Bestimmungen dieses Vertrages geändert werden.

3. Der Versicherer stellt dem Arbeitgeber jeweils die Unterlagen zur Verfügung, die zum Erhalt der Förderung nach § 10a EStG benötigt werden. Der Arbeitgeber leitet sie an die versicherten Arbeitnehmer weiter. Nachdem der Arbeitnehmer die Unterlagen ausgefüllt hat, prüft sie der Arbeitgeber auf Richtigkeit und Vollständigkeit und leitet sie gesammelt an den Versicherer weiter.

4. Die Leistungspflicht des Versicherers beginnt in allen Fällen frühestens
 - a) nach Annahme des Antrages und
 - b) nach Zahlung des ersten Beitrags und
 - c) nicht vor dem in Ziffer 1 festgelegten technischen Versicherungsbeginn, sofern das Ereignis, das die Leistungspflicht des Versicherers auslöst, bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht eingetreten ist.

§ 6 Beitragszahlung

1. Alle Beiträge sind laufende Beiträge. Zusätzlich kann für jeden Arbeitnehmer im Rahmen der Fördergrenzen des § 10a EStG einmalig pro Kalenderjahr eine Sonderzahlung geleistet werden. Alle Sonderzahlungen erfolgen jeweils durch gesonderte Überweisung pro versicherten Arbeitnehmer unter Angabe der Versicherungsnummer.
2. Beitragsschuldner des Versicherers für die vom Arbeitnehmer einbehaltenen Beiträge ist der Arbeitgeber. Er verpflichtet sich, die fälligen Beiträge jeweils innerhalb von 15 Tagen – vom Fälligkeitstage an gerechnet – ohne Aufforderung in einer Summe kostenfrei an die winsecura abzuführen.
3. Im Falle des Zahlungsverzugs treten die in den Vertragsgrundlagen festgelegten Rechtsfolgen ein.

§ 7 Bezugsberechtigung, vorzeitiges Ausscheiden

Diese Regelungen ergeben sich aus der Vertragsgrundlage 605.

§ 8 Geschäftsverkehr

1. Der gesamte Geschäftsverkehr zum Kollektivrahmenvertrag und zu Grundsatzzfragen wird zwischen dem Versicherungsnehmer und der Pensionskasse geführt. Der Geschäftsverkehr zu den Einzelversicherungen wird zwischen dem jeweiligen Arbeitgeber und der Pensionskasse geführt.
2. Der Versicherer wird die Versicherungsleistungen unmittelbar an den Berechtigten zahlen.
3. Der Versicherungsnehmer verpflichtet sich, über den Wortlaut aller Rundschreiben, Drucksachen oder Vervielfältigungen, die sich auf den Kollektivrahmenvertrag, auf die Tarife, Produkte oder auf die Vertragsgrundlagen beziehen, vor ihrer Bekanntgabe Einvernehmen mit der Hauptverwaltung des Versicherers herzustellen.

§ 9 Vertragsdauer

1. Dieser Vertrag wird auf unbegrenzte Zeit geschlossen. Er kann nach Ablauf von 2 Jahren – erstmals zum 1. Februar 2004 – und weiterhin zum Ablauf eines jeden Vertragsjahres von beiden Parteien mit einer Frist von 6 Monaten gekündigt werden.
2. Bei einer Kündigung dieses Kollektivrahmenvertrages ist eine Weiterführung der bei Wirksamwerden der Kündigung bestehenden Versicherungen nur als Einzelversicherungen ohne die für diesen Vertrag geltenden Vergünstigungen möglich. Es gelten dann die jeweiligen Vertragsgrundlagen für die Einzelversicherung. Eine Kündigung des Kollektivrahmenvertrags bedingt keine Kündigung der einzelnen Versicherungsverträge. Werden auch die Einzelversicherungen gekündigt, so ergibt sich die Abwicklung der Versicherungsverträge aus den bei Abschluss oder Änderung der Einzelversicherungen gültigen Versicherungsbedingungen.

Entsprechendes gilt für den Fall der Auflösung des Arbeitgebers, sofern nicht ein anderer Arbeitgeber die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag gegenüber dem Versicherer übernimmt.

§ 10 Änderungsklausel

1. Jede Änderung des Kollektivrahmenvertrages ist schriftlich zu vereinbaren.
2. Sollten gesetzliche Bestimmungen Änderungen dieses Vertrages bzw. der ihm zugrunde liegenden Vertragsgrundlagen verlangen, so wird der Arbeitgeber daran mitwirken, dass die Änderungen im Einvernehmen mit dem Versicherer erfolgen. Kommt ein Einvernehmen nicht zustande, so haben beide Vertragspartner das Recht, diesen Vertrag ohne Einhaltung einer Frist durch eingeschriebenen Brief zu kündigen.

Wiesbaden, den 8. November 2002

Bonn, den 12. November 2002

Unterschriften